

Deutscher Kinder- und Jugend(-hilfe) MONITOR 2017

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ hat einen Scan zur Situation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland gemacht – und dazu aktuelle Daten und Fakten analysiert und fokussiert. Die Grundlagen bilden dabei das kinder- und jugendpolitische Leitpapier der AGJ und die für den 16. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag (DJHT) erstellte empirische Analyse der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfe-Statistik im Forschungsverbund des Deutschen Jugendinstituts und der TU Dortmund sowie der Bildungsbericht 2016 und der 15. Kinder- und Jugendbericht. Das Ergebnis stellt die AGJ im „Deutschen Kinder- und Jugend(-hilfe) Monitor 2017“ vor.

Status quo – die Ausgangssituation

- *22 Mio. junge Chancen:* In Deutschland leben rund 22 Millionen Menschen im Alter von 0 bis 27. Das ist ein Anteil von 26,5 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Unter den jungen Menschen sind 11 Millionen Kinder. Jedes Dritte davon hat einen Migrationshintergrund. In den Jahren 2015 und 2016 sind aufgrund der Zuwanderung von Geflüchteten bis zu 680.000 junge Menschen im Alter von unter 25 Jahren nach Deutschland gekommen.
- *Vielfalt Familie:* 35 Prozent aller Kinder in Deutschland kommen in nicht-ehelichen Gemeinschaften zur Welt. 2,3 Millionen der Unter-18-Jährigen leben bei einem alleinerziehenden Elternteil, überwiegend bei der Mutter.
- *Familien als Wegbereiter für junge Chancen:* Je besser es Familien geht, desto mehr können sie für ihre Kinder tun.
- *Junge Chancen sind international:* In ganz Europa leben 141 Millionen junge Menschen. Damit lebt mehr als jeder sechste junge Europäer in Deutschland.

Chancen des Aufwachsens

Kita

- *Immer früher in die Kita:* Jedes dritte Kind unter drei Jahren ist in der Kindertagesbetreuung. In den letzten zehn Jahren hat sich die Anzahl der Unter-3-Jährigen in der Kindertagesbetreuung mehr als verdoppelt.
- *Bildung von Anfang an:* Unübersehbar ist, dass Kindertageseinrichtungen neben der Familie zu einem eigenständigen Bildungsort für Kinder geworden sind. Sie haben die Grundschule als erste öffentliche Bildungsinstitution im Lebenslauf abgelöst; viele Kinder verbringen inzwischen dort sogar mehr Zeit als in der Grundschule.
- *Ohne Kita geht es nicht:* Für Kinder über drei Jahre ist das Aufwachsen ohne Kita heute nicht mehr denkbar. 95 Prozent von ihnen gehen heute in eine Kindertagesstätte.

Schule

- *Das Bildungsniveau steigt:* Immer weniger Jugendliche besuchen eine Hauptschule. 21 Prozent machen einen Hauptschulabschluss. 41 Prozent der Schülerinnen und Schüler machen Abitur.
- *Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss sinkt:* 5,7 Prozent verlassen die Schule ohne Hauptschulabschluss.

Ausbildung und Studium

Studium versus Ausbildung: Immer mehr Schulabgänger entscheiden sich für ein Studium. 2,81 Millionen Studenten zählten die deutschen Unis im letzten Wintersemester (WS 2016/17). Das sind 27 Prozent mehr als noch 2010, so das Statistische Bundesamt. Die Zahl der Auszubildenden geht zurück: 1,34 Millionen Azubis wurden im vergangenen Jahr registriert (Minus 11 Prozent gegenüber 2010).

Demokratie

- *Junge Menschen sind Demokraten:* Im Jahr 2015 geben insgesamt 73 Prozent (2010: 63 Prozent) der Zwölf- bis 25-Jährigen an, mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht, zufrieden zu sein.
- *Nicht alle sind zufrieden:* In Puncto Demokratiezufriedenheit gibt es aber deutliche Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen (Ost: 54 Prozent, West: 77 Prozent) sowie zwischen Jugendlichen mit Hauptschulabschluss (56 Prozent), mittlerer Reife oder Realschulabschluss (75 Prozent) und Abitur oder FH-Reife (78 Prozent).
- *Skepsis überwiegt:* Kritik junger Menschen an den politischen Verhältnissen kommt nicht zuletzt auch in der Wahrnehmung von Politik zum Ausdruck. So ist das Vertrauen in Parlamente und Parteien anhaltend niedrig. 85 Prozent der 15- bis 25-Jährigen wünschen sich „mehr junge Leute in der Politik“.
- *Junge Menschen engagieren sich:* Sehr viele junge Menschen sind an Politik interessiert, engagieren sich ehrenamtlich und nutzen ein breites Spektrum von Formen öffentlicher Interessenartikulation und politischer Partizipation bspw. in den zahlreichen Jugendverbänden. Jugendliche tendieren zu kurzfristigem Engagement (ohne längerfristige Mitgliedschaft) für konkrete, lebensweltbezogene Themen. Jugendliche im Alter zwischen 14 und 19 Jahren sind im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang die am stärksten ehrenamtlich engagierte Gruppe, jede bzw. jeder Zweite von ihnen ist aktiv. Dabei zeigt sich ein Zuwachs des Engagements junger Menschen in zivilgesellschaftlichen Gruppen: Dort waren 2002 zirka 17 Prozent, im Jahr 2010 hingegen fast 25 Prozent der unter 29-Jährigen aktiv. Bei den Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit sind es vor allem die 18- bis unter 27-Jährigen, die sich ehrenamtlich engagieren.

Europa

- *Junge Menschen sind überzeugte Europäer.* So empfinden sich mehr junge als alte Menschen als Europäer und verorten sich damit neben regionalen und nationalstaatlichen Zugehörigkeiten auch im europäischen Zusammenhang.
- *Junge Menschen leben Europa:* Die Zahl junger Europäer in der Bundesrepublik Deutschland hat sich zwischen 2010 und 2012 um etwa 3 Prozent auf knapp 20 Prozent erhöht. Der Anteil junger Menschen aus der Bundesrepublik, die in anderen europäischen Ländern leben, lag mit etwa 10 Prozent im europäischen Durchschnitt.
- *Europa macht mobil:* Für die Mobilität junger Menschen innerhalb Europas zeigt sich in der jüngeren Entwicklung seit 2008 ein moderater Anstieg von kurz- und längerfristigen Aufenthalten von jungen Menschen in einem anderen EU-Land. Seit Mitte der 2000er-Jahre sind insbesondere Aufenthalte für einen Zeitraum von über drei Jahren angestiegen.
- *Bildung wird europäisch:* Bildungsbezogene Mobilität junger Menschen über Ländergrenzen hinweg gewinnt an Relevanz. Bereits im frühen Jugendalter haben etwa 8 Prozent aller Jugendlichen im Alter von 17 Jahren ein Auslandsschuljahr absolviert. Im Bereich der Studierendenmobilität wird insbesondere für die Entwicklung der Mobilität Studierender an deutschen Hochschulen innerhalb Europas ein deutlicher Bedeutungszuwachs beobachtet. Während im Jahr 2004 etwa 40.000 Studierende einen Teil ihrer Ausbildung im europäischen Ausland absolvierten, stieg deren Zahl bis zum Jahr 2012 auf über 107.000 Studierende an.

Probleme des Aufwachsens

Demografische Entwicklung und Politik

- *Jung sein in einer alternden Gesellschaft.* Nach einem stetigen Abwärtstrend seit dem Jahr 1991 ist aktuell noch etwas mehr als ein Viertel der Bevölkerung Deutschlands jünger als 27 Jahre. Nach dem bisherigen Tiefststand im Jahr 2013 ist die junge Bevölkerung seit 2014 absolut und seit 2015 auch bezogen auf ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung wieder leicht angestiegen.

Grund für den Zuwachs ist in erster Linie die hohe Zuwanderung. Rein zahlenmäßig nimmt die Bedeutung junger Menschen in Deutschland seit Längerem ab. Dies birgt die Gefahr in sich, dass jungen Menschen weniger Bedeutung beigemessen wird, weil sie als kleinere Wählergruppe nicht so wahlentscheidend sind.

- *Partizipation light*: Allzu oft wird in den Prozessen der politischen Bildung und Beteiligung verkannt, dass jungen Menschen nach wie vor nur eingeschränkte Mitbestimmungsrechte zugestanden werden, z. B. wenn sie vor Vollendung des 16. oder 18. Lebensjahrs nicht an Wahlen teilnehmen dürfen oder wenn die ihnen zugestandenen Partizipationsräume keine oder nur marginale Entscheidungsbefugnisse und Gestaltungsräume eröffnen.

Kinder und Jugendliche leben mit Risiken

- *Ohne Erwerbstätigkeit aufwachsen*: 10 Prozent der Kinder und Jugendlichen wachsen in einem Elternhaus auf, in dem weder der Vater noch die Mutter erwerbstätig sind.
- *Berufsausbildung unbekannt*: 11 Prozent wachsen in Familien auf, wo weder Vater noch Mutter eine abgeschlossene Berufsausbildung haben.
- *Armut als Risiko*: 19 Prozent aller jungen Menschen sind von Armut bedroht. Ein Fünftel der 14- bis 19-Jährigen und etwa ein Viertel der 20- bis 24-Jährigen sind von Armut betroffen. Haushalte von Alleinerziehenden sind zu über 40 Prozent von Armut bedroht. In Ostdeutschland leben beinahe doppelt so viele Familien von ALG II als im Westen.

Fazit: 28 Prozent aller Unter-18-Jährigen haben schlechte Start-Chancen, weil sie von mindestens einer Risiko-Lage betroffen sind. Das sind immerhin 3,7 Millionen Kinder und Jugendliche.

Einflussfaktor Herkunft

- *Start-Chancen ins Leben werden nach wie vor vererbt – positive wie negative*: So hängt der Bildungserfolg immer noch maßgeblich vom Elternhaus ab. Soziale Ungleichheiten werden durch regionale Schief lagen noch einmal verschärft.

- *Deutliche Unterschiede in der Nutzung von Bildungsangeboten:* Im frühkindlichen Bereich sind Unter-3-Jährige mit Migrationshintergrund bzw. aus Elternhäusern mit niedrigen Schulabschlüssen weniger oft in den Angeboten der Kindertagesbetreuung zu finden. Auch nehmen diese Kinder seltener an non-formalen Bildungsangeboten im Vorschulalter teil und weisen zu höheren Anteilen einen vorschulischen Sprachförderbedarf auf, der teils auch mit einer verspäteten Einschulung einhergehen kann.
- *Kein Ausgleich herkunftsbedingter Benachteiligungen durch Kitas:* Dies wirft Fragen nach möglichen Zugangsbarrieren aufseiten der Familien auf und ist Anlass, sich mit der Personalausstattung, der Qualifikation des Personals, der Größe und Zusammensetzung der Gruppen zu beschäftigen.

Ausbildung und Arbeitsmarkt

- *Längst nicht alle jungen Menschen, die sich für eine Berufsausbildung entscheiden, finden auch einen Platz:* Zwar hielten sich im letzten Jahr die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen und der Bewerber mit je knapp 548.000 die Waage (Bundesinstitut für Berufsbildung). Doch nach Berechnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) blieben 81.000 Bewerber ohne eine Stelle. Auch, weil viele Betriebe nur nach Abiturienten suchen, womit Haupt- und Realschüler gerade in der Industrie und im Bankenwesen das Nachsehen haben. Hinzu kommt: Rund 270.000 junge Menschen sind derzeit im Übergangssystem, machen Praktika, Kurse und so weiter – ohne letztlich eine Ausbildung zu beginnen. Fast die Hälfte der Jugendlichen in der „Warteschleife“ hat einen Hauptschulabschluss.
- *Ungleiche Chancen auf Ausbildung:* Zwischen 2005 und 2014 erhöhte sich bei Ausländerinnen und Ausländern die Quote derer, die ins duale System einmünden, von 27 auf 36 Prozent, beim Zugang ins Schulberufssystem nur von 13 auf 17 Prozent, während die Quote im Übergangssystem von 60 auf 47 Prozent sank. Die Differenzen zu den deutschen Neuzugängen bleiben dennoch beträchtlich. Deren Quote im dualen System stieg auf 53 Prozent und im Schulberufssystem auf 23 Prozent, im Übergangssystem sank sie auf 24 Prozent. Dies signalisiert eine mehr als doppelt so hohe Chance deutscher Jugendlicher gegenüber ausländischen auf eine voll qualifizierende Ausbildung.

Etwa 6 Prozent der jungen Menschen der 20- bis 25-Jährigen sind weder in Bildungs- oder Ausbildungsverhältnissen noch erwerbstätig.

- *„Stotter-Start“ in den Arbeitsmarkt:* Für viele junge Menschen in Deutschland ist der Start in die Berufstätigkeit holprig. Der Übergang in die ökonomische Selbstständigkeit dehnt sich für sie zeitlich deutlich aus und reicht teilweise bis weit in das Erwachsenenalter hinein. Hinzu kommt ein steigendes Prekariat von Arbeitsverhältnissen. So sind Jugendliche und junge Erwachsene häufiger befristet und mit niedriger Entlohnung beschäftigt als andere Altersgruppen. Zugleich ist das durchschnittliche Lohnniveau unter jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sehr niedrig. Dies liegt einerseits an Ausnahmeregelungen vom Mindestlohngesetz, andererseits daran, dass junge Erwachsene häufiger als andere Altersgruppen atypisch beschäftigt sind.
- *Ungleicher Arbeitsmarkt:* Junge Menschen sind auf dem Arbeitsmarkt insgesamt im Nachteil. 7,8 Prozent der 15- bis 24-Jährigen sind arbeitslos. Bei den 25- bis 64-Jährigen sind dies nur 4,7 Prozent.
- *Der Blick nach Europa:* 15,4 Prozent der jungen Generation in Europa gehen nicht zur Schule, haben keinen Ausbildungsplatz oder Beruf. Dieses Schicksal trifft rund 14 Millionen junge Menschen.

Flüchtlinge

- *Junge Geflüchtete sind Teil der 22. Mio. jungen Chancen:* Sie brauchen eine verlässliche Perspektive – viele stecken aber in der Perspektiv-Krise, weil Zugänge zu Bildung, Ausbildung und Arbeit erschwert sind.
- *Ungeklärte Bleibeperspektiven schaffen Verunsicherung:* Junge Geflüchtete erleben Intransparenz in Bezug auf die eigene asylrechtliche Situation, den Stand des Verfahrens und die eigenen Rechte. Sie wissen nicht, ob sich ihre Integrationsanstrengungen lohnen.
- *Integration braucht soziale Praxis:* Insbesondere geflüchtete Mädchen nehmen kaum am sozialen Leben teil. Zugleich sehnen sie sich nach Begegnungsräumen mit deutschen Jugendlichen.

- *Geflüchtete brauchen Schutz:* Geflüchtete sind einer hohen Gefahr ausgesetzt, Opfer von Straftaten zu werden. Einen besonderen Belastungsfaktor stellen die situativen und räumlichen Konstellationen in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften dar. Hier sind Schutzkonzepte in den Einrichtungen gegenüber Gewalt mehr als dringlich. Flüchtlinge werden zudem in einem stark ansteigenden Ausmaß Opfer rechtsextremer Gewalttaten. So stiegen die Straftaten gegen Asylunterkünfte innerhalb eines Jahres von 95 auf 345 an.
- *Flüchtlinge leben in einem gespaltenen Land:* Die Willkommenskultur auf der einen Seite, Neiddebatten und Fremdenfeindlichkeit auf der anderen Seite.

Kinder- und Jugendhilfe fördert, schützt und beteiligt

- *Kinder- und Jugendhilfe ist für alle da:* Für Kinder und Eltern, für Jugendliche und junge Erwachsene. Sie ist aktiv bei der Beratung für Eltern, in Kitas, in Ganztagschulen, bei Ferienmaßnahmen, in Jugendclubs, an Schulen, in der außerschulischen Jugendbildung, bei kulturellen Angeboten, beim Engagement im Jugendverband... Die Kinder und Jugendhilfe ist immer und überall dabei.
- *Viel Geld für junge Chancen:* Knapp 41 Milliarden Euro (40.700 Millionen) pro Jahr werden ausgegeben. Das sind pro Kopf pro Jahr: 1.850 Euro, pro Tag: 5 Euro, pro Stunde: 21 Cent. Das ist gut investiertes Geld – und zwar in die Chancen der nachwachsenden Generation.
- *Ohne Kommunen geht nichts:* Gut zwei Drittel des Geldes werden von den Kommunen getragen. Der Anteil, den die Kämmerer für die Kinder- und Jugendhilfe ausgeben, beträgt mittlerweile im Schnitt rund 16 Prozent (zum Vergleich 2006: 11 Prozent) der Kommunalhaushalte. Der Bund trägt nur 3 Prozent der Kosten für die Kinder- und Jugendhilfe. Den Rest (29 Prozent) tragen die Länder.

Hilfen zur Erziehung

- *Erziehung ist kein Selbstläufer.* 1,1 Millionen junge Menschen (7 Prozent der Unter-21-Jährigen) profitieren von den Hilfen zur Erziehung.
- *Viele Eltern sind in Erziehungsfragen unsicher.* Sie brauchen deshalb professionelle Hilfe. Und sie wissen: Bildung ist wichtig. Deshalb suchen immer mehr von ihnen Rat, wenn es um den Wechsel von der Kita in die Grundschule und von der Grundschule zur weiterführenden Schule geht.
- *Eltern können scheitern:* Für deren Kinder ist die Kinder- und Jugendhilfe ein Ort von Schutz und Sicherheit: Pflegefamilien und Wohngruppen bieten diesen Kinder neue Chancen.
- *Flüchtlingen ein Zuhause geben:* Eine besondere Verantwortung übernimmt die Kinder- und Jugendhilfe für fast 44.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Über 18.000 junge volljährige Flüchtlinge werden zusätzlich von der Kinder- und Jugendhilfe betreut. Deutlich wird dies z. B. daran, dass Ende 2016 erheblich mehr junge Menschen in ein Heim oder eine Wohngruppe gingen als im Vorjahr.

Job-Motor

- *Kinder- und Jugendhilfe als Beruf:* Insgesamt sind über 760.000 Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe beschäftigt – so viele wie in der gesamten deutschen Bauwirtschaft und nahezu so viele wie in der deutschen Autoindustrie.
- *Kinder- und Jugendhilfe als Zukunftsbranche, die wächst:* In den vergangenen zehn Jahren sind rund 250.000 Jobs zusätzlich entstanden. Job-Motor waren hier insbesondere die Kitas. Aber auch die Jugendämter, die ihre Allgemeinen Sozialen Dienste (plus 58 Prozent/plus 5.500 JA-Mitarbeiter) vor dem Hintergrund sozialer Problemlagen und den damit verbundenen Herausforderungen aufgestockt haben, und die freien Träger, die den Bereich der Hilfen zur Erziehung (plus 40 Prozent/plus 26.000 Beschäftigte) kräftig ausgebaut haben.

(Heraus-)Forderungen

Die Kinder- und Jugendhilfe ist Chancen-Geberin für junge Menschen. Trotzdem bietet Deutschland Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen längst noch nicht das optimale Chancen-Potential. Die jugendpolitische Ampel steht auf hell-, aber noch nicht auf dunkelgrün.

Soziale Gerechtigkeit

- *Deutschland muss seine „Chancen-Reserven“ mobilisieren:* Mehr soziale Gerechtigkeit heißt mehr Chancen unabhängig vom Elternhaus, von sozialer Herkunft und Wohnort.

Finanzierung der Kommunen

- *Chancen dürfen nicht abhängig von der Kassenlage der Kämmerer sein:* Unabhängig vom Wohnort müssen Kinder und Jugendliche bundesweit überall gleiche Chancen haben. Heute unterscheiden sich die Pro-Kopf-Ausgaben der Kommunen für die Kinder- und Jugendhilfe enorm: zwischen 1.105 bis 3.280 Euro pro Jahr.

Kitas

- *Qualitätsoffensive bei den Kitas:* Ziel muss es sein, in den Kitas eine spürbare Verbesserung der Erziehung, Bildung und Betreuung zu erreichen. Der Ideal-Schlüssel:
0 bis 1 J.: 1 zu 2
1 bis 2 J.: 1 zu 3
2 bis 3 J.: 1 zu 4
3 bis 6 J.: 1 zu 9
- *Bessere Finanzierung der Kita-Betreuung:* Die OECD gibt hierfür eine Orientierung: 1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes sollen für die frühkindliche Bildung ausgegeben werden. Dazu fehlen derzeit allerdings rund 13 Milliarden Euro pro Jahr. Derzeit werden 24,6 Milliarden Euro pro Jahr für die Kita-Betreuung bundesweit ausgegeben.
- *Mehr Personal ist notwendig:* Allein für die Leitungsebene fehlen umgerechnet 21.800 Vollzeitkräfte in Deutschland. Würde man sie einstellen, würden die Personalkosten bundesweit um jährlich bis zu 1,3 Milliarden Euro ansteigen. Das entspricht in etwa 5 Prozent der öffentlichen Ausgaben für die Kindertagesbetreuung.

- *Zu wenig Zeit für Führungsaufgaben:* Für Erziehung, Bildung und Betreuung, für Personal, Budget und Elterngespräche fehlt den Leitungskräften durchschnittlich etwa die Hälfte der dafür eigentlich notwendigen Zeit. Wie viele Stunden der Kita-Leitung für die Führungsaufgaben zur Verfügung stehen, ist von Bundesland zu Bundesland sehr unterschiedlich. Fast 11 Prozent der deutschen Kitas haben überhaupt keine zeitlichen Ressourcen für Leitungs- und Verwaltungsaufgaben. Davon betroffen sind vor allem kleinere Einrichtungen. Jeder vierten Kita mit weniger als 40 Plätzen steht keinerlei Zeit für Leitung und Verwaltung zur Verfügung.
- *Keine Zeit fürs Kita-Management:* Nur 15 Prozent der mehr als 51.000 Kitas in Deutschland bieten genug Zeit fürs „Kita-Management“: Die Empfehlung: Jeder Kita – unabhängig von ihrer Größe – sollten 20 Stunden pro Woche für Führungsaufgaben zur Verfügung stehen. Für jedes rechnerisch ganztags betreute Kind sollten zusätzlich 0,35 Stunden wöchentlich hinzukommen, um die Mehrarbeit bei einer wachsenden Kita-Größe bewältigen zu können. Das bedeutet: In einer Kita mit 30 Kindern hätte eine Leiterin 30,5 Wochenstunden, um mit Eltern und externen Partnern zusammenzuarbeiten oder am Kita-Konzept zu feilen.
- *Große regionale Unterschiede machen bundesweite Standards notwendig:* Überhaupt keine zeitlichen Ressourcen für Leitungs- und Verwaltungsaufgaben haben in Bremen 28 Prozent der Kitas, in Sachsen-Anhalt und Thüringen hingegen nur knapp 1 Prozent. Und während in Hamburg jede zweite Kita die empfohlene Zeit fürs „Kita-Management“ erfüllt, erreichen in Thüringen nur 3 Prozent der Kitas den empfohlenen Wert. Nicht viel besser ist die Lage in Sachsen-Anhalt (4 Prozent), Mecklenburg-Vorpommern (5 Prozent) und Bayern (6 Prozent).

Flüchtlinge – Integration per Kita

- *Vertane Chancen:* Die Kita als Ort der Integration wird zu wenig genutzt. Grund: Den Eltern ist es kaum bewusst, dass sie die Möglichkeit haben, einen Kitaplatz zu nutzen. Integration beginnt nicht erst in der Schule.

Deshalb ist es notwendig, ...

- die Eltern offensiv in ihrer Heimatsprache zu informieren und bei ihnen für den Kitabesuch zu werben.

- die Zahl der Kitaplätze deutlich zu erhöhen – im Idealfall sollte allen der 120.000 Unter-6-Jährigen Flüchtlingskindern ein Kitaplatz angeboten werden können.
 - Flüchtlingskindern Ganztagsplätze anzubieten. Ihnen stehen heute lediglich Halbtagsplätze zu, wenn die Eltern nicht berufstätig sind.
- *Kinder- und Jugendhilfe für alle Geflüchteten:* Die Kinder- und Jugendhilfe muss selbstverständlicher Bestandteil der Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte werden, sie muss alle jungen Geflüchteten und ihre Familien erreichen. Angebote für junge Familien, Elternbildung, offene Kinder- und Jugendarbeit und soziale Dienste müssen allen Flüchtlingen selbstverständlich offenstehen.

Ganztagschule

- *Schule als Lebensort:* Heute gehen vier von zehn Schülern (der Klassen 5 bis 10) zur Ganztagschule – das sind 2,82 Millionen. Gerade ältere Schüler organisieren ihre Freizeit lieber selber. Sie finden die Angebote der Ganztagschule langweilig und wenig jugendgerecht. Deswegen zeigt sich mit steigendem Alter ein allmähliches Abwählen des Ganztags.
- *Ganztagschule hält ihre Versprechen nicht:* Ein systematischer Zusammenhang des Ganztagsschulbesuchs mit der Verbesserung von Schulleistungen konnte bislang nicht nachgewiesen werden. Ganztagschulen sind zudem nicht in der Lage, herkunftsbedingte Ungleichheiten in der Bildungsförderung abzubauen.
- *Qualitätsoffensive Ganztagschule:* Ganztagschulen bieten ein zu starres Lernkonzept und zu wenig attraktive Angebote. Sie brauchen deshalb die Kinder- und Jugendhilfe als Partnerin. Anstatt „Ganztagschule nach Stundenplan“ zu fahren, sollten die Wünsche von Eltern und Kindern das Programm mitbestimmen. Konkrete Erwartungen sind u.a.:
 - eine gute Angebotsauswahl: vom Internet-Führerschein bis zu einer gezielten Berufsberatung oder ökonomische Erfahrungen z. B. die Mitbegründung von Schülerfirmen, bis zu Fotografiekursen, Theater- und Musikprojekten, Kochkursen, Tanzen ...
 - Essen, das schmeckt,
 - Zeit zum Chillen.

Kinder- und Jugendarbeit

Drohende Erosion der Kinder- und Jugendarbeit?: Zwischen den Jahren 2010 und 2014 ist das Personal in der Kinder- und Jugendarbeit deutlich zurückgegangen. Verfügte dieses zentrale Feld der außerschulischen Jugendbildung vor zehn Jahren noch über mehr als die Hälfte des Personals im Vergleich zu den Hilfen zur Erziehung, ist es inzwischen nur noch ein Drittel.

Junge Erwachsene

Kein Automatismus der Beendigung von Jugendhilfeleistungen:

Während für einen Großteil junger Menschen die Jugendphase immer länger wird und viele erst mit Ende 20 materiell selbstständig sind und ihren Platz in der Gesellschaft gefunden haben, führen fiskalische Überlegungen allzu häufig dazu, dass Leistungen der Heimerziehung mit Eintritt in die Volljährigkeit abrupt beendet werden. Dies gefährdet den Erfolg bisheriger Jugendhilfemaßnahmen gerade für eine besonders belastete Gruppe junger Menschen und ist volkswirtschaftlich unsinnig, weil Probleme junger Menschen nicht entlassen, allenfalls in andere Leistungssysteme und sei es in die Wohnungslosenhilfe abgeschoben werden können.

Kinder- und Jugendpolitik als Handeln für eine gerechte Gesellschaft

- *Vorfahrt für junge Menschen:* 22 Millionen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland – das sind 22 Millionen Menschen, die Chancen suchen und die eine Chance für die Gesellschaft sind. Kinder und Jugendliche gehören mehr in den Fokus der Politik – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung.
- *Die Chancen für die Kinder und Jugendlichen in Deutschland sind gut.* Aber – sie können noch ein ganzes Stück weit besser werden. Und damit auch die Chancen für die gesamte Gesellschaft.
- *Gerechtes Aufwachsen für alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ermöglichen:* Das bedeutet die Schaffung von Rahmenbedingungen zum Abbau sozialer Ungleichheit sowie die gezielte Förderung von Potentialen der jungen Menschen.

- *Kinder- und Jugendhilfe leistet viel, aber noch nicht genug:* Die Träger der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland bieten gemeinsam vielfältige Chancen für 22 Mio. junge Menschen. Das heißt nicht, dass die Kinder- und Jugendhilfe nicht noch besser werden kann. Sie muss ihre Leistungen und Angebote kritisch und reflexiv vor allem daraufhin überprüfen, inwieweit diese soziale Gerechtigkeit fördern und Folgen sozialer Benachteiligung bewältigen oder stattdessen soziale Ungleichheitsstrukturen festigen.

Düsseldorfer Appell:

Gemeinsam Gesellschaft gerecht gestalten...

... lautet die Kernforderung des 16. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetages. Dafür müssen alle gesellschaftlichen Handlungsfelder und Systeme wie der Bildungsbereich, das Gesundheitssystem, Wirtschaft und Arbeit sowie die Politik auf den Ebenen des Bundes, der Länder und der Kommunen sowie Gemeinden im Interesse eines gerechten und gelingenden Aufwachsens aller junger Menschen besser, gezielter und ernsthafter zusammenarbeiten.

Deshalb sind die Kernforderungen des „Düsseldorfer Appells“ der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ an Gesellschaft und Politik:

- Mehr Bildung ermöglichen und mehr Bildungsgelegenheiten schaffen – von der Kindertagesbetreuung über die Ganztagschule bis hin zur Jugendarbeit!
- Kinderarmut bekämpfen!
 - durch Qualifizierung des Kinderzuschlags (u.a. Streichung der Höchsteinkommensgrenze und Einführung eines Mehrbedarfzuschlags für Alleinerziehende)
 - das Kindergeld der Zukunft muss so ausgestaltet werden, dass Eltern mit geringem oder keinem Einkommen besser gefördert werden als bisher und Armut nicht mehr vererbt wird!
- Qualitätsoffensive bei den Kitas! Ziel muss es sein, in den Kitas eine spürbare Verbesserung der Erziehung, Bildung und Betreuung zu erreichen.

- Der Ganztagschule ein neues Potential geben! Damit die Ganztagschule ihr Versprechen hält und einen Ausgleich bei der Bildungsbenachteiligung schafft.
- Möglichkeiten und Rahmenbedingungen für Teilhabe, Integration und Inklusion verbessern, als Voraussetzung für eine gerechte Gesellschaft!
- Abbau gesetzlicher Barrieren, die zu Verschiebepraktiken zwischen den Sozialsystemen führen! Gewährleistung einer hinreichenden finanziellen Ausstattung der Systeme, damit Familien mit Kindern mit Behinderung bedarfsgerecht unterstützt werden können und nicht um ihre Rechte kämpfen müssen.
- Jugendhilfe über das 18. Lebensjahr hinaus! Kein junger Mensch sollte mit dem Erreichen der Volljährigkeit seinen Rechtsanspruch auf Schutz, Förderung und Teilhabe in den stationären Einrichtungen der Jugendhilfe verlieren.
- Mehr politische Bildung! Angesichts eines wachsenden Rechtspopulismus und zur Stärkung der Demokratie ist der öffentliche Diskurs über eine neue politische Kultur gesamtgesellschaftlich notwendig. Politische Bildung muss sich verstärkt mit dem Wert der Demokratie und der Vielfalt unterschiedlicher Kulturen auseinandersetzen. Politische Bildung hat viele Orte und braucht vielfältige Formen. Notwendig ist ein in den Institutionen des Aufwachsens (auch in der Kita) verankertes verbindliches Konzept einer demokratischen und politischen Bildung, die zu einer eigenen Positionsfindung und zu demokratischer Handlungskompetenz aller – Kindern, Eltern, Fachkräfte – beiträgt. Wir fordern ein Pflichtfach für politische Bildung an Schulen, das mehr ist als bloße Wissensvermittlung.
- Mehr Kinder- und Jugendbeteiligung! Das Recht auf Beteiligung muss flächendeckend umgesetzt werden, mit dem Ziel der Verankerung des Beteiligungsrechtes durch landesrechtliche Vorschriften in den Kommunalverfassungen.
- Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre als demokratische und demografische Perspektive in allen Bundesländern!

- Aufgrund eines steigenden Anteils von jungen Menschen ohne deutschen Pass müssen Schritte zur Einführung eines Ausländerwahlrechts (Beteiligung an der Kommunalwahl) eingeleitet werden!
- Die Rechte von jungen Flüchtlingen, wie zum Beispiel in der UN-Kinderrechtskonvention niedergelegt, müssen europaweit beachtet werden! Die europäischen Institutionen müssen dies vorantreiben, vor allem der Rat der EU.
- Nachhaltige Unterstützung für junge unbegleitete volljährige Flüchtlinge sichern! Keine automatische Überführung der jungen volljährigen Geflüchteten mit dem 18. Lebensjahr in das System der erwachsenen Flüchtlinge.
- Flüchtlinge aus Wahlkämpfen raushalten! Wer die Flüchtlingsfrage zum Wahlkampfthema macht, leistet rechtspopulistischen Tendenzen Vorschub.
- Keine weiterreichenden Länderöffnungsklauseln! Gleichwertige Lebensverhältnisse nicht untergraben, damit Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrem Geschlecht, Gender, Herkunft, familialem Hintergrund, Religion, sexueller Orientierung, sozialer Lebenslage, eventueller körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung oder anderen individuellen Besonderheiten bzw. sozialen Zuschreibungen gleiche Chancen haben und diese nutzen können.
- Förderung, Schutz und Teilhabe sind die Grundlagen eines gerechten Aufwachsens aller jungen Menschen in Deutschland. Diesen Herausforderungen von mehr sozialer Gerechtigkeit müssen sich alle gesellschaftlichen Akteure gemeinsam stellen! Jeder muss seine Verantwortung wahrnehmen. Alleine kann die Kinder- und Jugendhilfe dies nicht schaffen!
- Europas Errungenschaften und Werte gilt es zu verteidigen! Europa muss mit einer jugend- und bildungspolitischen Agenda erneuert und sozialer gemacht werden!
- Finanzielles Fundament sichern! Eine gelingende europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich braucht ein solides, passgerechtes finanzielles Fundament, welches durch Erasmus+ JUGEND IN AKTION, den Europäischen Sozialfonds und ggf. weitere konkrete Förderformate abgedeckt werden muss.

Die EU-Jugendstrategie gilt es auch nach 2018 fortzuführen. Sie muss als Ressortpolitik stärker auf Themenfelder fokussiert werden, in denen die EU einen klaren jugendpolitischen Auftrag hat.

- Das heißt für 140 Millionen junge Chancen:
Europa gerechter, demokratischer und partizipativer, inklusiver, offener und vielfältiger, erlebbarer machen! Europa mit Leben zu füllen, zu verteidigen und weiterzuentwickeln ist auch eine politische Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland!

Impressum:

Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ
Mühlendamm 3
10178 Berlin

Rechts- und Vermögensträger:

Verein "Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe e.V."
V.d.i.S.P. Peter Klausch (Geschäftsführer)

Die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ wird gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplanes des Bundes.



**22 MIO. JUNGE
CHANCEN**

gemeinsam. gesellschaft.
gerecht. gestalten.



**16. DEUTSCHER
KINDER- UND
JUGENDHILFETAG**

**28.–30. MÄRZ 2017
DÜSSELDORF**

